

Ladenöffnungszeiten in Rheinland-Pfalz

Mit regionalen Ausnahmeregelungen für den Bezirk der IHK Trier

Begriffsdefinition

- **Verkaufsstellen** im Sinne des LadöffnG sind Einrichtungen, bei denen von einer festen Stelle aus ständig Waren zum Verkauf an jedermann werden; dem Vorhalten der Waren steht das Anbieten der Entgegennahme von Warenbestellungen in der Einrichtung gleich. Dementsprechend darf auf außerhalb der Ladenöffnungszeiten keine Warenbestellung angenommen werden.
- **Feiertage** im Sinne des Gesetzes sind der Neujahrstag, Karfreitag, Ostermontag, der 1. Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam, Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober), Allerheiligen (1. November) und der erste und zweite Weihnachtstag (25. und 26. Dezember).
- **Reisebedarf** im Sinne des Gesetzes sind Zeitungen, Zeitschrift, Straßenkarten, Stadtpläne, Reiseelektrik, Schreibmaterialien, Tabakwaren, Blumen, Reisetouillettenartikel, Bild- und Tonträger, Bedarf für Reiseapotheken, Reiseandenken und Spielzeug von geringem Wert, Lebens- und Genussmittel in kleineren Mengen und ausländische Geldsorten sowie vergleichbare den Bedürfnissen von Reisenden entsprechende Waren.

Zum Anwendungsbereich des LadöffnG siehe die Erläuterung (Nr. 2) im Anhang

1.1 Allgemein zulässige Ladenöffnungszeiten für alle Verkaufsstellen in Rheinland-Pfalz

§ 3 LadöffnG; ebenso alle ff §§

Montags bis samstags	Von 06:00 bis 22:00 Uhr
am 24. Dezember (wenn werktags)	Von 06:00 bis 22:00 Uhr
Verkaufsstellen für Bäcker- und Konditorwaren dürfen abweichend den Beginn der Ladenöffnungszeiten auf 05:30 Uhr vorverlegen.	
Die zu Beginn der Ladenschlusszeit anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.	
An Sonn- und Feiertagen müssen die Verkaufsstellen für die Kunden geschlossen sein.	

1.2 Erweiterte Ladenöffnungszeiten an Werktagen durch Rechtsverordnung

Die örtliche zuständige Kommune kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Verkaufsstellen

- an bis zu acht Werktagen im Kalenderjahr bis spätestens **06:00 Uhr** des folgenden Tages geöffnet sein dürfen;
- an Samstagen und an Werktagen vor Feiertagen jedoch nur bis **24:00 Uhr**

Am Tag vor Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag und vor dem Neujahrstag dürfen erweiterte Öffnungszeiten nicht zugelassen werden.

Vor Erlass der Rechtsverordnung ist ein Anhörverfahren durchzuführen, an dem neben der IHK und HwK auch die Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie kirchliche Stellen zu beteiligen sind. Für ihre Entscheidung hat die Kommune insbesondere besondere Einkaufsbedürfnisse der Bevölkerung, des Fremdenverkehrs oder besondere örtliche oder regionale Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Erweiterung der Ladenöffnungszeiten an Werktagen

(Anforderungen der ADD vom 06.12.2016)

Sofern eine Festsetzung über längere Öffnungszeiten umgesetzt werden soll, ist eine Anhörung durch die Kommunen durchzuführen. Hierbei ist es auch erforderlich, eine Erstabwägung durchzuführen und den beteiligten Stellen vorab mitzuteilen. Diese Abwägung muss Argumente für und gegen eine Verlängerung beachten. Ausgehend davon ist die eigenverantwortliche Entscheidung zu treffen. In Anbetracht der verlängerten Ladenöffnungszeiten vor Sonn- und Feiertagen hat das Bundesverwaltungsgericht (Beschluss vom 04.12.2014) entschieden, dass nach 24:00 Uhr ein Beschäftigungsverbot für Arbeitnehmer besteht. Das bedeutet, dass nach 24:00 Uhr keine Kunden mehr bedient werden dürfen und Aufräum- sowie Abschlussarbeiten vorher zu beenden sind. Der /die Inhaber(-in) hat entsprechend ausreichend Personal bereitzustellen, um alle Tätigkeiten vor 24:00 Uhr fertigzustellen bzw. muss der / die Inhaber(-in) diese nach 24:00 Uhr selber erledigen. Kann dieses Beschäftigungsverbot nicht sichergestellt werden, können Kommunen erwägen Ladenöffnungszeiten vor Sonn- und Feiertagen auf 23:30 Uhr zu begrenzen, um eine Nachbeschäftigung bis spätestens 24:00 Uhr abzuschließen.

1.3 Landesweit gelten für bestimmte Verkaufsstellen die folgenden Sonderregelungen und Öffnungszeiten

Verkaufsstellen für Bäcker- und Konditorwaren (§ 3)

montags bis samstags

von 05:30 bis 22:00 Uhr

Apotheken (§ 5)

an allen Tagen und ohne zeitliche Begrenzung

von 00:00 bis 24:00 Uhr

Die Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz kann für eine Gemeinde oder für benachbarte Gemeinden mit mehreren Apotheken regeln, dass und welche Apotheken außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb der nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) geschlossen sein müssen. An den geschlossenen Apotheken ist an nach außen sichtbarer Stelle auf die zurzeit geöffneten Apotheken hinzuweisen. Diese Sonderregelung gilt auch für Apotheken in Personenhöfen von Eisenbahnen, den Flugplätzen Frankfurt-Hahn und Zweibrücken und an Schiffsanlegestellen.

Tankstellen (§ 6)

an allen Tagen ohne zeitliche Begrenzung

von 00.00 bis 24.00 Uhr

Außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) ist nur die Abgabe von Ersatzteilen für Kraftfahrzeuge, soweit dies für die Erhaltung oder Wiederherstellung der Fahrbereitschaft notwendig ist, sowie die Abgabe von Betriebsstoffen und von Reisebedarf zulässig.

Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen von Eisenbahnen (§ 7)

an allen Tagen ohne zeitliche Begrenzung	von 00.00 bis 24.00 Uhr
am 24. Dezember jedoch nur	von 00.00 bis 17.00 Uhr

Außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) ist nur die Abgabe von Reisebedarf zulässig. Auf Personenbahnhöfen des Schienenfernverkehrs ist zusätzlich die Abgabe von Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs und von Geschenkartikeln erlaubt. Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung für Verkaufsstellen, die im näheren Einzugsgebiet eines Personenbahnhofs des Schienenfernverkehrs liegen, bestimmen, dass und zu welchen Zeiten diese zusätzlich geöffnet sein dürfen.

Verkaufsstellen auf den Flugplätzen Frankfurt-Hahn und Zweibrücken (§ 7)

an allen Tagen ohne zeitliche Begrenzung	von 00.00 bis 24.00 Uhr
am 24. Dezember jedoch nur	von 00.00 bis 17.00 Uhr

Außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten ist nur die Abgabe von Reisebedarf und von Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs sowie von Geschenkartikeln zulässig. Aufgrund der Rechtsverordnung der ADD vom 30. Mai 2007 ist auf dem Flugplatz Frankfurt-Hahn die Abgabe von Reisebedarf, Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs und von Geschenkartikeln in den Personenabfertigungsanlagen sowie in einem Umkreis bis 500 m um die Personenabfertigungsanlagen zulässig. Die Verkaufsfläche darf insgesamt 3.500 m² nicht übersteigen. Für den näheren Einzugsbereich des Flugplatzes Zweibrücken hat die Landesregierung durch Rechtsverordnung vom 13. März 2007 bestimmt, dass Verkaufsstellen in der Stadt Zweibrücken (in den Bereichen Am Wasserturm, Berliner Allee, Berner Straße, Europa Allee, Göteborger Straße, Greenwichstraße, Kopenhagener Ring, Londoner Bogen, Maastrichter Straße, Mailänder Ring, Max-Planck-Straße, Münchener Straße, Pariser Straße, Prager Ring und Wiener Platz) und in der Gemeinde Althornbach (in den Bereichen Brüsseler Straße, Europa Allee und Luxemburger Straße) für die Abgabe von Waren, die üblicherweise von Reisenden mitgeführt werden können - an Sonntagen von 11.00 bis 20.00 Uhr geöffnet sein dürfen, sofern diese in die im Ferienplan für Rheinland-Pfalz festgelegten Oster-, Sommer- und Herbstferien fallen. Wenn in den genannten Ferienabschnitten der erste Ferientag ein Montag ist oder der letzte Ferientag ein Freitag, ist die Öffnung der Verkaufsstellen auch an dem ersten Ferientag vorausgehenden oder dem letzten Ferientag folgenden Sonntag zulässig. An Ostersonntag sowie an Sonntagen, auf die ein gesetzlicher Feiertag fällt, ist eine Öffnung nicht zulässig.

Verkaufsstellen an Schiffsanlegestellen (§ 7)

an allen Tagen ohne zeitliche Begrenzung	von 00.00 bis 24.00 Uhr
am 24. Dezember jedoch nur	von 00.00 bis 17.00 Uhr

Außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) ist nur die Abgabe von Reisebedarf zulässig. Aufgrund der Rechtsverordnung der ADD vom 30. Mai 2007 dürfen an Schiffsanlegestellen außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) an Tagen des Schiffsverkehrs Verkaufsstellen die mit ihrer gesamten Verkaufsfläche in einem Umkreis bis 100 m um die Schiffsanlegestelle an der jeweiligen Uferseite liegen, für die Abgabe von Reisebedarf geöffnet haben.

Verkaufsstellen für selbst erzeugte landwirtschaftliche Produkte (§ 8 Abs. 1)

an allen Tagen ohne zeitliche Begrenzung	von 00.00 bis 24.00 Uhr
--	-------------------------

Die Sonderregelung gilt nur für Verkaufsstellen mit überwiegend selbst erzeugten und verarbeiteten land-, wein- und forstwirtschaftlichen Produkten. Aufgrund der Rechtsverordnung der ADD vom 30. Mai 2007 darf die Verkaufsfläche der Verkaufsstelle (= Grundfläche), auf der die Produkte zum Verkauf an jedermann in der Verkaufsstelle vorgehalten werden, außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) je Betrieb 100 m² nicht überschreiten. Reine Werbe- und Ausstellungsflächen sowie für Kunden/innen nicht begehbbare Lagerflächen werden nicht zur Verkaufsfläche gerechnet. Außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten darf der Umfang der das eigene Angebot ergänzenden nicht selbst erzeugten und verarbeiteten land-, wein- und forstwirtschaftlichen Produkte die Zukaufsgrenze nicht überschreiten. Diese Zukaufsgrenze bemisst sich nach Verwaltungsinterpretation an der zulässigen Verkaufsfläche von 100 m², so dass allenfalls auf 30 m² der Verkaufsfläche nicht selbst erzeugte und verarbeitete

tete land-, wein- und forstwirtschaftliche Produkte angeboten werden können. Verkaufsstelleninhaber haben in der Verkaufsstelle einen Plan über die Verkaufsfläche der jeweiligen Verkaufsstelle vorzuhalten.

Verkaufsstellen in Museen, Theatern, Kinos u. ä. (§ 8 Abs. 2)

Verkaufsstellen im Gebäude oder auf dem Gelände von Museen, sonstigen kulturellen Ausstellungen, Theatern, Kinos, Sportanlagen und vergleichbaren Einrichtungen dürfen außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) in den für die Versorgung der Besucher/innen erforderlichen Zeiten für die Abgabe von- Lebensmitteln einschließlich Getränken zum sofortigen Verzehr, sowie von - Waren, die einen Bezug zu der Einrichtung oder der dort stattfindenden Veranstaltung haben, geöffnet sein.

1.4 Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen

§ 9 Abs. 1

An Sonn- und Feiertagen dürfen Verkaufsstellen in der Zeit von 07:00 Uhr bis 20:00 Uhr geöffnet sein für die Abgabe von:

Zeitungen und Zeitschriften

an allen Sonn- und Feiertagen	bis zur Dauer von 5 Stunden
am 24. Dezember (wenn sonntags) jedoch nur	bis 14:00 Uhr

Bäcker- und Konditorwaren / Blumen, Pflanzen und pflanzliche Gebinde einschließlich Zubehörartikel

an allen Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme des zweiten Weihnachts-, Oster und Pfingstfeiertages	bis zur Dauer von 5 Stunden
am 24. Dezember (wenn sonntags) jedoch nur	bis 14.00 Uhr

*) Für die Abgabe von Milch- und Milcherzeugnissen und von landwirtschaftlichen Produkten darf außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) die Verkaufsfläche (Grundfläche), auf der diese Produkte zum Verkauf an jedermann in der Verkaufsstelle vorgehalten werden, 100 m² nicht überschreiten. Verkaufsstelleninhaber haben in der Verkaufsstelle einen Plan über die Verkaufsfläche vorzuhalten. Bei der Festlegung der Öffnungszeiten sind jeweils die Zeiten des Hauptgottesdienstes zu berücksichtigen. Die Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen sind an der Verkaufsstelle durch von außen deutlich sichtbaren Aushang bekannt zu machen.

1.5 Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen in Kurorten* und bestimmten Ausflugs-, Erholungs- und Wallfahrtsorten mit besonders starkem Fremdverkehr

§ 9 Abs. 2

Verkaufsstellen, die in erheblichem Umfang folgendes Warenangebot führen, dürfen für die Abgabe dieser Waren in allen Kurorten (sind mit * gekennzeichnet) und in den folgenden Ausflugs-, Erholungs- und Wallfahrtsorten mit besonderem Fremdenverkehr an den 40 Sonn- und Feiertagen, die dem 1. November vorausgehen, zwischen 11 Uhr und 20 Uhr für die Dauer von bis zu acht Stunden öffnen.

Warenangebot: Badegegenstände, Devotionalien (Gegenstände, die eine religiöse Bedeutung haben beispielsweise Heiligenbilder und Kreuze), frische Früchte, Getränke, Milch- und Milcherzeugnisse, Süßwaren, Tabakwaren, Blumen, Bild- und Tonträger, Zeitungen, Zeitschriften sowie Waren, die für diese Orte kennzeichnend sind.

Ausflugs-, Erholungs- und Wallfahrtsorte:

Stadt Trier:

die Bereiche Hauptbahnhofsplatz, Bahnhofstraße, Porta-Nigra-Platz, Simeonstift-Platz, Amphitheater einschließlich Vorplatz /Olewiger Straße 27, Fußgängerzone im Innenstadtbereich, Zurlaubener Ufer und Schiffsanlegestelle Zurlauben, Nell's Ländchen, Abtei St. Matthias, Verbindungsweg Kaiserstraße/ Südallee in Höhe Neustraße, Kreuzung Franz-Ludwig-Straße/Bruchhausenstraße/Friedrich-Ebert-Allee, Am Palastgarten, Im Palastgarten, Basilika-Vorplatz, Jakobstraße bis einschließlich Pferdemarkt, Liebfrauenstraße, Ecke Weberbachstraße / Jesuitenstraße und Ecke An der Meerkatz/Liebfrauenstraße

Landkreis Bernkastel-Kues-Wittlich:

Bernkastel-Kues *), Enkirch, Großlittgen (Gemeindeteil Himmerod - Kloster-), Kinheim, Klausen (ohne die Gemeindeteile Krames und Pohlbach), Kröv, Manderscheid *), Neumagen-Dhron (Gemeindeteil Neumagen), Piesport, Reil, Traben-Trarbach *), Trittenheim, Ürzig, Zeltingen-Rachtig

Eifelkreis Bitburg-Prüm:

Biersdorf am See, Daleiden, Echternacherbrück, : Körperich, Kyllburg *), Schönecken

Vulkaneifelkreis Daun:

Daun*), Stadtkyll *)

Landkreis Trier-Saarburg:

Leiwen, Mehring, Reinsfeld, Saarburg (ohne Stadtteile : Kahren und Krutweiler), Schillingen, Schweich, Zerf. Für Kell am See*) gilt abweichend folgender Öffnungszeitraum:

15. Dezember bis 15. Januar und

01. April bis 25. September.

Die Verkaufsstellen sind am 1. Weihnachtstag und am 24. Dezember (falls sonntags) geschlossen zu halten.

1.6 Verkauf durch Lebensmittelverkaufsstellen in ländlichen Gebieten

§ 16 Abs. 2

Aufgrund der Übergangsbestimmung des § 16 Abs. 2 gelten die durch die Kreisverwaltung nach § 11 Ladenschlussgesetz erlassenen Rechtsverordnungen bis zu ihrer Aufhebung weiter.

Deshalb dürfen Lebensmittelverkaufsstellen in allen ländlichen Ortsgemeinden der nachstehenden Kreise wie folgt geöffnet sein:

Landkreis Bernkastel-Wittlich:

Die Rechtsverordnung des Landkreises Bernkastel-Wittlich vom 23.12.1996 wurde mit Wirkung vom 11.11.2007 aufgehoben.

Eifelkreis Bitburg-Prüm (vom 15. April bis 15. Oktober)

an Sonn- und Feiertagen

von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Dies gilt nicht für Bitburg, Speicher und Prüm, ausgenommen die Prümer Stadtteile Dausfeld, Niederprüm, Steinmehlen und Weinsfeld.

Landkreis Vulkaneifelkreis (vom 1. April bis 31. Oktober)

an Sonn- und Feiertagen

bis zu zwei Stunden

Dies gilt nicht für die Stadt Daun, ausgenommen die Stadtteile Boverath, Gemünden, Neunkirchen, Pützborn, Rengen, Steinborn, Waldkönigen und Weiersbach, die Stadt Gerolstein, ausgenommen die Stadtteile Bewingen, Büscheich, Gees, Hinterhausen, Lissingen, Michelbach, Müllenborn, Oos und Roth sowie die Stadt Hillesheim, ausgenommen die Stadtteile Bolsdorf und Niederbettingen.

Landkreis Trier-Saarburg

an Sonn- und Feiertagen

bis zu zwei Stunden

Während der Zeit der **Feldbestellung und Ernte** gilt diese Ausnahmeregelung in allen ländlichen Gemeinden und während der Traubenlese in allen weinbautreibenden ländlichen Gemeinden des Kreises Trier-Saarburg.

1.7 Ausnahmeregelungen für den Verkaufsstellen im Einzelfall

Verkaufsoffene Sonntage (§10)

An maximal 4 Sonntagen pro Jahr und Gemeinde kann die örtlich zuständige Kommune allgemein oder für bestimmte Teile des Gemeindegebietes durch Rechtsverordnung festlegen, dass Verkaufsstellen bis zur Dauer von 5 Stunden geöffnet haben dürfen. Die zugelassene Öffnungszeit darf nicht in der Zeit zwischen 6 Uhr und 11 Uhr liegen. Für Ostersonntag, Pfingstsonntag, Volkstrauertag, Totensonntag, an den Adventsontagen im Dezember und an Sonntagen, auf die ein Feiertag fällt, darf die Öffnung nicht zugelassen werden. Vor Erlass der Rechtsverordnung ist ein Anhörverfahren durchzuführen, an dem neben der IHK und HwK auch die Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie kirchliche Stellen zu beteiligen sind. Das LadöffnG verlangt aber keinen „besonderen Anlass“ mehr für den Erlass einer Rechtsverordnung. Ergänzend dazu sind die Anforderungen an eine Genehmigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) vom 06.12.2016 zu beachten: Das Bundesverwaltungsgericht (Urteil vom 11.11.2015) hat die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Zulassung von Sonntagsöffnungszeiten weiter angehoben. Unter Berücksichtigung des Regelungsbedürfnisses für die Freigabe der verkaufsoffenen Sonntage sowie der Schutzwürdigkeit des Sonntages ist die Freigabe anhand der konkreten Gegebenheit und unter Beachtung

des erforderlichen Gemeinwohlbedürfnisses ausführlich zu begründen. Im Antrag zu verkaufsoffenen Sonntagen sind Ersterwägung, Anlassbezug und Prognose der Besucherströme von den Antragstellern zu erläutern.

Die **Ersterwägung** ist von den Kommunen als Verordnungsgeber zu erstellen. Dazu ist es notwendig, Argumente, welche für die Öffnung am Sonntag sprechen, mit jenen gegen diese Verkaufsöffnung abzuwägen. Diese Abwägung muss den beteiligten Stellen ebenfalls zur Verfügung gestellt werden. Als Begründung sind reines wirtschaftliches Umsatzinteresse sowie alltägliches Erwerbsinteresse der Käufer nicht ausreichend.

Das Kriterium **Anlassbezug** bedeutet, dass ein Anlass für den verkaufsoffenen Sonntag notwendig ist. Dieser Anlass muss einen nachvollziehbaren Zusammenhang mit dem verkaufsoffenen Sonntag haben und ein Versorgungsbedürfnis der Bevölkerung rechtfertigen. Die Verkaufsöffnung muss im Vergleich zum Anlass eine nachrangige Rolle einnehmen. Denkbare Anlässe sind beispielsweise Märkte, Feste oder Messen. Der verkaufsoffene Sonntag kann auf eine bestimmte Gegend in der Nähe der Anlassveranstaltung oder auf bestimmte Handelszweige begrenzt werden. Ist ein Markt Anlass des verkaufsoffenen Sonntages, sollte die Verkaufsfläche der geöffneten Läden nicht ungleich größer sein, als jene des Marktes.

Die **Prognose** der Besucherströme dient dazu, die Bedeutung des eigenständigen Anlasses darzustellen. Der Anlass muss ausreichend Besucher anwerben, um den verkaufsoffenen Sonntag zu rechtfertigen, also einen „beträchtlichen“ Besucherstrom auslösen. Die Zahl der Besucher, welche durch die Anlassveranstaltung angezogen werden, muss größer sein, als die Anzahl der Personen, die nur wegen der verkaufsoffenen Läden kommen. Erfahrungswerte aus der Vergangenheit können zur Dokumentation dienen.

Hinweis vom ADD-Rundschreiben aus 2010: (Urteil des BVefG)

- die Freigabe des 1. Adventssonntages im November ist zulässig, nur die Adventssonntage im Dezember dürfen nicht zur Verkaufsöffnung freigegeben werden;
- „aufeinanderfolgende“ Sonntage dürfen nicht freigegeben werden;
- die jeweilige Freigabe ist gemeinde- bzw. stadtbezogen zu sehen und somit die Gesamtzahl der Verkaufsöffnungen für jede Stadt / Gemeinde und nicht je Stadt- oder Ortsteil gültig.

Dringendes öffentliches Interesse (§ 12)

In Einzelfällen kann die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) befristete Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 bis 11 und den erlassenen Rechtsverordnungen zulassen, wenn diese im öffentlichen Interesse dringend notwendig sind. Die Zulassung kann jederzeit widerrufen werden.

1.8 Warenverkauf auf Märkten und im Reisegewerbe

Marktverkehr (§ 11 Abs. 1)

Außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) dürfen auf behördlich festgesetzten Groß- oder Wochenmärkten keine Waren zum Verkauf an Endverbraucher/innen angeboten werden; dies gilt nicht während der auf der Grundlage der §§ 8 bis 10 zugelassenen Ladenöffnungszeiten (siehe Punkt IV und VIII),

soweit die Zulassung einen geschäftlichen Verkehr auf Groß- oder Wochenmärkten ermöglicht. Am 24. Dezember dürfen nach 14 Uhr auch im sonstigen Marktverkehr keine Waren angeboten werden. Im Übrigen finden die Bestimmungen des LadöffnG für (behördlich festgesetzte) Märkte sowie für Messen und Ausstellungen keine Anwendung.

Warenverkauf im Reisegewerbe (§ 11 Abs. 2)

Außerhalb der allgemein zulässigen Öffnungszeiten nach § 3 und außerhalb von nach § 4 festgelegten erweiterten Öffnungszeiten (siehe Punkt II und III) ist auch das gewerbliche Anbieten von Waren zum Verkauf an jedermann außerhalb von Verkaufsstellen verboten.

Davon ausgenommen sind

- behördlich genehmigte, den Bestimmungen des Titels III der Gewerbeordnung unterliegende Volksbelustigungen,
- das Anbieten von Tageszeitungen an Werktagen und
- während der auf der Grundlage der §§ 8 bis 10 zugelassenen Ladenöffnungszeiten (siehe Punkt IV und VIII) unter Berücksichtigung der dort festgesetzten Voraussetzungen und Bedingungen.

Dem Anbieten von Waren zum Verkauf steht das Zeigen von Mustern, Proben und ähnlichen Ansichtsexemplaren gleich, wenn dazu Räume benutzt werden, die für diesen Zweck bereitgestellt sind, und dabei Warenbestellungen entgegengenommen werden. Für das Anbieten von leichtverderblichen Waren und Waren zum sofortigen Verzehr, Gebrauch oder Verbrauch sind unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen möglich.

Anhang:

Erläuterungen: Ergänzende Rechtsverordnung landesweiter und regionaler Ausnahmeregelungen

1.1 zu 1.4 (§§ 7 und 8): Verkaufsstellen

- auf Personenbahnhöfen von Eisenbahnen
 - auf den Flughäfen Frankfurt-Hahn und Zweibrücken
 - an Schifffanlegestellen
 - für landwirtschaftliche Produkte
 - in Museen, Theatern, Kinos u. ä.
- §§ 1 und 2 der Verordnung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zur Durchführung des Ladenöffnungsgesetzes Rheinland-Pfalz vom 30. Mai 2007 (Staatsanzeiger Nr. 23 vom 2. Juli 2007, Seite 955 f).
 - Landesverordnung zur Durchführung des § 7 Abs. 2 des Ladenöffnungsgesetzes Rheinland-Pfalz vom 13. März 2007 (GVBl. vom 30. März 2007, Seite 65).

1.2 zu 1.5 (§ 9 Abs. 1): Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen

- § 3 der Verordnung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zur Durchführung des Ladenöffnungsgesetzes Rheinland-Pfalz vom 30. Mai 2007 (Staatsanzeiger Nr. 23 vom 2. Juli 2007, Seite 955 f).

1.3 zu 1.6 (§ 9 Abs. 2): Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen in Kurorten und bestimmten Wallfahrtsorten mit besonders starkem Fremverkehr

- § 4 der Verordnung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zur Durchführung des Ladenöffnungsgesetzes Rheinland-Pfalz vom 30. Mai 2007 (Staatsanzeiger Nr. 23 vom 2. Juli 2007, Seite 955 f).

Für die Inanspruchnahme dieser Ausnahmeregelung sind folgende Voraussetzungen zu beachten:

Die genannten Waren müssen von der Verkaufsstelle in erheblichem Umfang geführt werden. Eine Ware wird in erheblichem Umfang geführt, wenn sie in mehreren Sorten, in verschiedenen Preislagen und in einer so großen Menge vorhanden ist, dass durch sie der Charakter der Verkaufsstelle mitbestimmt wird.

1.4 zu 1.6 (§ 16 Abs. 2): Verkauf durch Lebensmittelverkaufsstellen in ländlichen Gebieten

- Die Übergangsbestimmung des § 16 Abs. 2 LadöffnG bestimmt, dass Rechtsverordnungen aufgrund der Ermächtigung des § 11 des Gesetzes über den Ladenschluss durch die jeweilige Kreisverwaltung durch Rechtsverordnung aufgehoben werden können (aber nicht müssen). Bis zu ihrer Aufhebung gelten deshalb die nachstehenden Rechtsverordnungen der

Kreisverwaltung Bernkastel- Wittlich vom 23.12.1996 (Trierischer Volksfreund vom 10.1.1997) – mit Bekanntmachung in den Kreisnachrichten 45/2007 aufgehoben –

Kreisverwaltung Bitburg-Prüm vom 13.12.1996 (Trierischer Volksfreund vom 19.12.1996)

Kreisverwaltung Daun vom 12.11.1996 (Trierischer Volksfreund vom 16./17.11.1996)

Kreisverwaltung Trier-Saarburg vom 25.10.1996 (Trierischer Volksfreund vom 7.12.1996)

weiter. Dabei ist aber zu beachten, dass die Ausnahmeregelung auf Lebensmittelverkaufsstellen beschränkt ist. Als Lebensmittelverkaufsstellen gelten nur solche, die ausschließlich oder zumindest überwiegend Lebensmittel führen.

2. Anwendungsbereich des Ladenöffnungsgesetzes

Durch den gegenüber dem Ladenschlussgesetz umformulierten Verkaufsstellenbegriff hat sich der Anwendungsbereich des LadöffnG nach der Gesetzesbegründung (Drucksache 15/387 vom 25.10.2006) nicht geändert. Das LadöffnG findet nur auf den Warenverkauf (in Verkaufsstellen, im Reisegewerbe und im Marktverkehr auf Groß- und Wochenmärkten) Anwendung und dann auch nur auf der Einzelhandelsstufe. Großhandelsbetriebe haben keine Verkaufsstelle im Sinne des Gesetzes, wenn die Betriebsräume nicht von jedermann - insbesondere nicht von privaten Letztverbrauchern – betreten werden können. Auch der Hand-

werks- und Dienstleistungsbereich unterliegt nicht dem Gesetz, sofern keine Verkaufsstelle (mit Warenverkauf) betrieben wird. Dies gilt auch für Friseurbetriebe, die grundsätzlich vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen sind. Sofern zusätzlich Waren verkauft werden, zum Beispiel Haarpflege- und Kosmetikartikel, ist insoweit das LadöffnG jedoch zu beachten. Geschäftsräume von Handwerksbetrieben unterliegen aber dann dem Gesetz, wenn in ihnen sog. Detailhandel betrieben wird, wenn also Fremderzeugnisse oder auf Vorrat gefertigte eigene Erzeugnisse zum Verkauf an Jedermann feilgehalten werden oder, wenn Muster oder Proben solcher Erzeugnisse gezeigt und Bestellungen für solche Erzeugnisse aufgenommen werden.

3. Beachtung des Sonn- und Feiertagesgesetzes (LFtG) bei allen gewerblichen Tätigkeiten

Unabhängig von den Vorschriften des LadöffnG ist von allen Gewerbetreibenden das Landesgesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage (Feiertagesgesetz - LFtG -) zu beachten. Danach sind an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen alle öffentlich

4. „Tag der offenen Tür“ im Einzelhandel

Grundsätzlich müssen Verkaufsstellen außerhalb der zulässigen Ladenöffnungszeiten nach § 3 und der genannten Sonderregelungen für jeden geschäftlichen Verkehr mit den Kunden geschlossen bleiben. Die bisherige Rechtsprechung zum Ladenschlussgesetz – die insoweit auch nach dem LadöffnG zu beachten ist – macht hiervon nur Ausnahmen für reine Schautage, die insbesondere an Wochenenden durchgeführt werden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass von vorneherein die Möglichkeit eines Geschäftskontaktes mit den Kunden ausgeschlossen sein muss. Weder der Firmeninhaber selbst noch Verkaufspersonal darf in den Geschäftsräumen oder auf dem Betriebsgelände anwesend sein. Dies gilt auch für Verkaufs- oder Beratungspersonal von Lieferanten oder Herstellern. Nur zur Aufsicht bestimmtes neutrales Wachpersonal (z. B. Mitarbeiter einer Wach- und Schließgesellschaft oder Aushilfskräfte wie Rentner, Studenten o. ä.), das weder in der Lage noch berechtigt ist, Beratungsgespräche zu führen, darf sich in den Geschäftsräumen oder auf dem Betriebsgelände befinden. Verstöße können zivil und bußgeldrechtliche Konsequenzen haben.

Nicht zulässig ist bei derartigen Veranstaltungen auch das Auslegen von Bestellvordrucken, oder auch die Einrichtung von Reservierungsecken. Es darf auch keine Möglichkeiten des An- oder Ausprobierens geben. In der Werbung sollte unmissverständlich darauf hingewiesen werden, dass „Kein Verkauf und keine Beratung“ stattfindet; allein der Hinweis "Kein Verkauf" wird als nicht ausreichend angesehen.

5. Beschäftigung von Arbeitnehmern (§ 13)

In Verkaufsstellen dürfen Arbeitnehmer/innen - ausgenommen pharmazeutisch vorgebildete Arbeitnehmer/innen in Apotheken - an Sonn- und Feiertagen nur während der jeweils zugelassenen Öffnungszeiten und, soweit dies zur Erledigung von Vorbereitungs- und Abschlussarbeiten zwingend erforderlich ist, bis zu insgesamt weiteren 30 Minuten beschäftigt werden. Die Beschäftigungszeit darf aber an Sonn- und Feiertagen 8 Stunden nicht überschreiten.

Arbeitnehmer/innen die an einem Sonn- oder Feiertag beschäftigt werden, sind bei einer Beschäftigung von

1. bis zu drei Stunden an jedem zweiten Sonntag ganz oder an einem Werktag in jeder zweiten Woche bis oder ab 13.00 Uhr,

2. mehr als drei bis sechs Stunden an einem Werktag derselben Woche bis oder
3. mehr als sechs Stunden an einem ganzen Werktag derselben Woche

von der Arbeit freizustellen; in den Fällen der Nummern 2 und 3 muss darüber hinaus jeder dritte Sonntag beschäftigungsfrei bleiben. Arbeitnehmer/innen in Verkaufsstellen können verlangen, dass sie in jedem Kalendermonat an einem Samstag von der Arbeit freigestellt werden. In begründeten Einzelfällen kann das Gewerbeaufsichtsamt (= SGD Nord Abt. Gewerbeaufsicht) Ausnahmen von den vorgenannten Vorschriften zulassen. Die Zulassung kann jederzeit widerrufen werden. Inhaber einer Verkaufsstelle sind verpflichtet, ein Verzeichnis mit Namen, Tag, Beschäftigungsart und -dauer der an Sonn- und Feiertagen beschäftigten Arbeitnehmer/innen und über die diesen gemäß § 13 Abs. 2 zum Ausgleich für die Beschäftigung an diesen Tagen gewährte Freizeit zu führen; dies gilt nicht für die pharmazeutisch vorgebildeten Arbeitnehmer in Apotheken, auf die die Vorschriften des § 13 keine Anwendung finden.

Zu beachtende Arbeitszeitregelungen (Information der ADD vom 06.12.2016):

- Jedem Arbeitnehmer, der an einem Sonntag beschäftigt wird, ist ein Ersatzruhetag, der innerhalb eines den Beschäftigungstag einschließenden Zeitraumes von zwei Wochen liegt, zu gewähren (§ 11 Abs. 3 ArbZG).
- Für die Beschäftigten sind die nach den §§ 4 und 5 des Arbeitszeitgesetzes vorgeschriebenen Pausen und Ruhezeiten einzuhalten.
- Über die Arbeitszeit ist ein Nachweis zu führen, aus dem die Namen der Beschäftigten und die Zeitdauer zu ersehen sind. Die Aufzeichnungen sind mindestens zwei Jahre aufzubewahren (§ 16 Abs. 2 ArbZG).
- Es wird auf die bestehenden Beschäftigungsverbote für werdende und stillende Mütter (§ 8 Mutterschutzgesetz) sowie Jugendliche (§ 17 Jugendarbeitsschutzgesetz) hingewiesen.
- Die Arbeitszeit an Werktagen darf 10 Stunden nicht überschreiten (§3 ArbZG).
- An Samstagen und an Werktagen vor Feiertagen endet die Arbeitszeit spätestens um 24:00 Uhr (Verbot der Sonntags- und Feiertagsarbeit § 9 ArbZG).

6. Einzelhinweise zu Ladenschlussregelungen, gewerblichen Tätigkeiten und Arbeitsverboten an Sonn- und Feiertagen (einschl: Rechtsprechungshinweisen)

Modenschauen in Verkaufsstellen sind während der gesetzlichen Ladenschlusszeiten nicht zulässig. Dies gilt auch dann, wenn der Geschäftsinhaber seinen Kundenstamm und eventuelle Interessenten mit besonderen Einladungskarten eingeladen hat. Auf Modenschauen außerhalb von Geschäftsräumen in Verkaufsstellen findet das Ladenschlussgesetz (jetzt LadöffnG) nur dann Anwendung, wenn auch verkauft werden soll bzw. Bestellungen aufgenommen werden (WRP 1985, 353).

Auf Verkäufe im Rahmen des **Marktverkehrs**, d. h. bei behördlich festgesetzten Messen, Ausstellungen, Jahr- und Spezialmärkten finden in Rheinland-Pfalz weder das LadöffnG noch das Landesgesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage (LFtG) Anwendung; es gelten dann die festgesetzten Marktzeiten. Dies gilt aber nicht für Groß und Wochenmärkte, wenn private Letztverbraucher zugelassen sind.

In verschiedenen Bundesländern ist aber zu beachten, dass auch festgesetzte Marktveranstaltungen, je nach Charakter der Veranstaltung, an Sonn- und Feiertagen unzulässig sein können (z.B. Gebrauchtwagen- und Oldtimermärkte).

genmärkte).

Autowaschanlagen (auch in Verbindung mit einer Tankstelle) dürfen an Sonn- und Feiertagen nicht geöffnet halten (u a. OVG Rhl.-Pf. Beschl. v. 2.7.85, und Bay. VGH, Beschl. v. 24.2.86).

Dieses Öffnungsverbot gilt im Hinblick auf die gesetzlichen Feiertage in Rheinland-Pfalz auch für **Videotheken**. Diese dürfen aber seit der Änderung des LFtG vom 22.12.2003 (GVBl. S. 396) in Rheinland-Pfalz an Sonntagen (mit Ausnahme des Oster- und Pfingstsonntags) ab 13.00 Uhr öffnen. Das LFtG selbst schreibt insoweit keine Einschränkung der Tätigkeit auf den Verleih von Videofilmen etc. vor. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu beachten, dass die Beschäftigung von Arbeitnehmern/ innen an Sonn- und Feiertagen durch die Bedarfsgewerbeverordnung vom 30.6.1999 (BS 8050-2) eingeschränkt ist. In Videotheken dürfen Arbeitnehmer/innen an Sonntagen daher nur zur Vermietung und Rücknahme von audiovisuellen Medien ab 13.00 Uhr bis zu sieben Stunden beschäftigt werden.

Bei gewerblichen **Bräunungsstudios** sieht die Rechtsprechung keinen Verstoß gegen das Gebot der Sonn- und Feiertagsruhe. Das Bundesverwaltungsgericht begründet dies damit, dass gewerbliche Tätigkeiten mit der Zweckbestimmung dieser Tage vereinbar sind, sofern sie der Befriedigung sonn- und feiertäglicher Bedürfnisse dienen und bejaht dies auch für die Offenhaltung eines Bräunungsstudios (BVerwG, Urt. v. 25.8.1992 - 1 C 38/90).

Rechtshinweis

Die Veröffentlichung von Merkblättern ist ein Service der IHK Trier für ihre Mitgliedsunternehmen. Dabei handelt es sich um eine zusammenfassende Darstellung der rechtlichen Grundlagen, die nur erste Hinweise enthält und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Eine anwaltliche Beratung im Einzelfall kann dadurch nicht ersetzt werden. Obwohl dieses Merkblatt mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurde, kann eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit nicht übernommen werden.